

Beschluss des Landrats vom 11.02.2021

Nr. 763

2. Zur Traktandenliste 2021

2020/668; Protokoll: bw, md

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) informiert, Traktandum 5 werde abgesetzt, weil Reto Tschudin Mitglied der GPK bleibe. Die Traktanden 34 und 35 werden verbunden beraten.

Roman Brunner (SP) beantragt im Sinne der Effizienz, dass die Traktanden 16 und 65 verbunden beraten werden. Diese bewegen sich thematisch im selben Feld. Entweder zieht man Traktandum 65 entsprechend vor oder – für den Fall, dass gewisse Fraktionen dieses noch nicht vorberaten konnten – setzt Traktandum 16 ab.

Felix Keller (CVP) erklärt sich mit dem Vorschlag von Roman Brunner einverstanden. Die CVP/glp-Fraktion konnte Traktandum 65 noch nicht vorberaten, weshalb beantragt wird, die beiden Traktanden – wenn überhaupt heute – erst nach der Mittagspause zu beraten.

Andreas Dürr (FDP) schliesst sich Felix Keller an. Auch die FDP-Fraktion beriet Traktandum 65 noch nicht. Es auf Traktandum 16 vorzuziehen, wird nicht unterstützt. Eine verbundene Beratung ist angebracht, allerdings müsste Traktandum 16 nach hinten geschoben werden zu Traktandum 65. Dies würde bedingen, dass beide Traktanden abgesetzt werden.

Caroline Mall (SVP) sagt, die SVP-Fraktion könne mit dem Vorschlag der FDP-Fraktion gut leben.

Klaus Kirchmayr (Grüne) schliesst sich im Namen der Grüne/EVP-Fraktion den Vorrednern an. Eine verbundene Beratung der Traktanden 16 und 65 ist sinnvoll. Da gewisse Fraktionen Traktandum 65 noch nicht vorberaten konnten, ist eine Verschiebung auf eine nächste Sitzung angebracht.

Roman Brunner (SP) hat sich mit Felix Keller abgesprochen – der Antrag auf Beratung nach der Mittagspause wird zurückgezogen.

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) schliesst daraus, dass die Traktanden 16 und 65 heute abgesetzt und für die nächste Sitzung vorgesehen werden.

Andreas Dürr (FDP) hat eine verfahrenstechnische Frage. Bei Traktandum 15 handelt es sich um eine Interpellation von Christine Frey, die sich heute für die Sitzung entschuldigen musste. Wird eine Interpellation automatisch abgesetzt, wenn die Interpellantin nicht anwesend ist? Dies ist nicht zwingend notwendig. Darf Andreas Dürr als Fraktionspräsident die Diskussion verlangen, sollte die automatische Absetzung nicht erfolgen?

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) dankt für den Hinweis. Es wird vorgeschlagen, Traktandum 15 ebenfalls abzusetzen. *[kein Widerspruch]*

://: Die Traktandenliste wird nach Absetzung der Traktanden 5, 15, 16 und 65 beschlossen; die Traktanden 34/35 werden verbunden beraten.

- *Zur Frage der Dringlichkeit: Postulat 2021/71 von Ernst Schürch «Genügend Unterstützung für Schülerinnen, Schüler und Eltern in der Zeit der Pandemie»*

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) informiert, der Regierungsrat sei mit der Dringlichkeit einverstanden.

Anita Biedert (SVP) führt aus, die SVP-Fraktion stimme der Dringlichkeit nicht zu. Erstens aus formellen Gründen: Der Titel passt nicht zum Inhalt. Zudem befürchtet die SVP-Fraktion eine Kostenexplosion. Des Weiteren gibt es einen Lektionenpool, über den man Lektionen anfordern kann, wenn Schülerinnen und Schüler mehr Unterstützungsbedarf haben. Aus all diesen Gründen lehnt die SVP-Fraktion die Dringlichkeit ab.

Ernst Schürch (SP) befürchtet, die SVP-Fraktion habe das Postulat nicht richtig verstanden. Es geht im Vorstoss überhaupt nicht darum, was während des Unterrichts passiert. Sondern darum, was neben dem Unterricht passiert. Es ist richtig, dass für Unterstützung im Unterricht die Schulleitungen den Schulpool zur Verfügung haben. Innerhalb dessen haben sie die Möglichkeit, allfällige Unterstützung zu generieren. Aber im Postulat geht es um die Unterstützung, welche ausserhalb des Unterrichts erhöht werden müsste. Es stimmt, so eine Unterstützung ist nicht gratis, dennoch ist sie sehr, sehr nötig. An der Schulleitungskonferenz vor zwei Wochen haben fast alle Schulleitungen die Rückmeldung gegeben, dass Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern sehr stark unter Druck seien. Und dass sie die Unterstützung jener Dienste, welche im Postulat aufgeführt werden, dringend benötigen. Dort gibt es aber zum Teil lange Wartelisten über mehrere Wochen und Monate. Auch bei der Form von Unterstützung, welche heute oder morgen geleistet werden müsste. Deshalb ist die Dringlichkeit absolut gegeben. Der Redner bittet von ganzem Herzen darum, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Pascal Ryf (CVP) sagt, die CVP/glp-Fraktion unterstütze die Dringlichkeit. An dieser Stelle ein Zitat aus der heutigen Ausgabe des Blicks: «Depressionen und häusliche Gewalt nehmen stark zu! Vielen Menschen vereinsamen und die Selbstmordraten steigen an! » Es stammt aus einem Inserat der SVP. Mit Bildern von Kindern, die depressiv aussehen, weinen, die Hände vor dem Gesicht verwerfen. Es soll aufzeigen, wie die Situation zurzeit ist. Es ist unverständlich, weshalb die Dringlichkeit des Postulats von jener Partei nicht gewährt wird, welche in einer grossen Schweizer Zeitung ein Inserat zu genau diesem Thema schaltet. Es ist im Sinne der Kinder und Jugendlichen, welche die Hilfe brauchen, dass der Dringlichkeit stattgegeben wird.

Klaus Kirchmayr (Grüne) findet es ärgerlich, dass im Rahmen eine Dringlichkeitsdebatte schon eine Sachdebatte geführt werde. Die Position der Grüne/EVP-Fraktion zur Dringlichkeit ist, dass es sich um ein Thema handelt, welches jetzt behandelt werden muss. Es ist ein akutes Problem und entsprechend unterstützt die Grüne/EVP-Fraktion die Dringlichkeit.

Andreas Dürr (FDP) hält fest, die FDP-Fraktion sei gegen die Dringlichkeit. Nicht weil es kein dringliches oder zeitgemässes Thema ist. Aber die FDP-Fraktion ist klar der Meinung, der Landrat müsse sich mit politischen Themen befassen. Er ist ein gesetzgebendes Organ. Aber im Postulat geht es um eine operative Tätigkeit der Schulen, der Bildungsdirektion, der Schulsozialdienste etc. Das operative Lösen des Problems, welches unbestritten besteht, ist nicht Aufgabe des Landrats als gesetzgebende Behörde. Weil es ein operatives und kein strategisches Anliegen ist, lehnt die FDP-Fraktion die Dringlichkeit ab.

Anita Biedert (SVP) schliesst sich dem Votum ihres Vorredners voll und ganz an. Die SVP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit ab. So wie es im Postulat formuliert ist und so wie es überwiesen werden soll, ist die Dringlichkeit nicht gegeben.

://: Der Landrat stimmt der Dringlichkeit zwar mit 51:34 Stimmen zu, allerdings wurde das notwendige 2/3-Mehr verfehlt.

- *Zur Frage der Dringlichkeit: Postulat 2021/72 der SVP-Fraktion «Minimierung weiterer Lockdown-Schäden»*

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) informiert, der Regierungsrat sei mit der Dringlichkeit einverstanden.

Roman Brunner (SP) betont, die SP-Fraktion lehne die Dringlichkeit ab. Der Regierungsrat hat seine Entscheidungen betreffend Pandemie wohlgedacht und begründet – auch wenn die SP nicht mit allen Entscheidungen einverstanden war. Wenn es der Regierungsrat als notwendig empfand, hat er auch beim Bundesrat interveniert und auch da war die SP-Fraktion nicht immer einverstanden. Es besteht kein dringender Anlass, dass das aktuelle Vorgehen geändert werden soll. Die Entscheidungen der Exekutive – sowohl kantonale als auch nationale – werden auch zukünftig Bezug auf die epidemiologische Lage und Pandemie-Entwicklungen nehmen, es bedarf deshalb keiner dringenden Intervention durch die Parlamente. Deshalb lehnt die SP-Fraktion die Dringlichkeit ab.

Peter Riebli (SVP) legt dar, der Bundesrat frage normalerweise kurz bevor neue Entscheidungen bekannt gegeben werden, die Kantone im Rahmen einer Vernehmlassung an, was sie von den neuen Massnahmen halten. Die SVP-Fraktion geht davon aus, dass die neue Anfrage in den nächsten Tagen bei den Kantonen eintreffen werde. Wenn der Landrat dem Regierungsrat den Rücken stärken will, dass er weiterhin seine eigene Meinung einbringen kann, dann ist die Vorlage absolut dringlich. Der Landrat muss im März nicht mehr darüber diskutieren, dann sind die Entscheidungen schon getroffen. Der Landrat muss entweder jetzt oder nie über dieses Thema debattieren.

://: Der Landrat stimmt der Dringlichkeit zwar mit 48:36 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu, allerdings wurde das notwendige 2/3-Mehr verfehlt.

- *Zur Frage der Dringlichkeit: Interpellation 2021/74 der FDP-Fraktion «Spitalliste 2021: Trickserei in der Orthopädie zugunsten des USB?»*

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) informiert, der Regierungsrat sei mit der Dringlichkeit einverstanden.

Lucia Mikeler Knaack (SP) erläutert, die SP-Fraktion gebe der Dringlichkeit statt. Sie erachtet diese Transparenz als wichtig. Deshalb ist es gut, wenn man schnell weiss, was die Pläne sind, da die Spitalliste am 1. Juli 2021 fertiggestellt sein muss. Es scheint, dass der Vorstoss relativ einfach zu beantworten ist, da die meisten Fragen schon einmal im Raum standen. Es ist wichtig, dass die Unsicherheiten und Fantasien beseitigt werden, deshalb stimmt die SP-Fraktion der Dringlichkeit zu.

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) erinnert daran, dass man sich nur zur Wort melden solle, wenn man gegen die Dringlichkeit sei. Ansonsten werde die Dringlichkeit stillschweigend gewährt.

://: Der Landrat stimmt der Dringlichkeit stillschweigend zu.

- *Zur Frage der Dringlichkeit: Interpellation 2021/75 der FDP-Fraktion «Offene Grenzen für Grenzpendler/-innen langfristig sicherstellen»*

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) informiert, der Regierungsrat lehne die Dringlichkeit ab.

Regierungspräsident **Anton Lauber** (CVP) bedankt sich für den Vorstoss. Er greife absolut berechtigt ein wichtiges Thema auf. Das ist unbestritten. Wie es aber schon im Titel heisst, hat die Interpellation aus Sicht des Regierungsrats einen langfristigen Charakter. Deshalb würde der Regierungsrat sich gerne vertieft mit der Thematik auseinandersetzen. Eine Antwort soll schnell erfolgen, die Frist von drei Monaten wird sicher unterschritten. Aber trotzdem soll die Antwort konsolidiert sein. Aktuell funktioniert der grenzüberschreitende Verkehr sehr gut. Anfang 2020 wurde eine Lösung gefunden und auch jetzt für den zweiten Lockdown konnten Lösungen gefunden werden. Der Regierungsrat steht in engem Kontakt mit dem Bundesrat, man hat sich im Rahmen der Nordwestschweizer Regierungskonferenz an den Bundesrat gewendet und es gab auch eine Antwort von Bundesrätin Karin Keller-Sutter. Der Kanton ist zudem in Kontakt mit Herrn Kretschmann (Baden-Württemberg) sowie mit Frau Klinkert (Elsass) und es sind sich alle einig, dass die grenzüberschreitenden Arbeitswege offengehalten werden müssen. Aktuell funktioniert das ja auch. Der Regierungsrat würde gerne prüfen, wie weit diese Zusammenarbeit institutionalisiert werden kann, aber dafür braucht er ein wenig mehr Zeit. Er wird trotzdem mit der Antwort sehr schnell sein – wie immer – aber die Mitglieder des Regierungsrats wollen sich vertieft darüber austauschen.

Martin Dätwyler (FDP) dankt für die Ausführungen. Die Bedeutung der Thematik und die Dringlichkeit des Anliegens blieben aus Sicht der FDP-Fraktion weiterhin bestehen. Sie haben eine hohe Priorität. Aber die Ausführungen des Regierungspräsidenten haben gezeigt, dass der Regierungsrat die Problematik erkannt hat, sie ernst nimmt und dieses Dossier aktiv angeht. Das wertet die FDP-Fraktion positiv und sie ist überzeugt, dass der Regierungsrat sich ernsthaft für eine nachhaltige Lösung einsetzt. Wer die Politik im Nachbarkanton verfolgt, wird mitbekommen haben, dass im Kanton Basel-Stadt gestern eine Standesinitiative eingereicht wurde. Diese beauftragt den Regierungsrat sich in Bern für die Offenhaltung der Grenze einzusetzen. Der Redner geht davon aus, dass der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft in diesem Thema nicht hintenanstehen will und dem Landrat die Frage in Kürze schlüssig und verbindlich beantworten wird. Die FDP-Fraktion nimmt den Regierungspräsidenten beim Wort und wartet auf eine nachhaltige Strategie. Auf dieser Grundlage zieht die FDP-Fraktion die Dringlichkeit zurück.
